Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Landtags-Zeitung. 1833-1846
1846

80 (29.6.1846)

Visual Library

Die Landtagszeitung besteht aus einem Abonnement von 150 Nummern und kostet 3 fl. 48 kr. Durch die Post bezogen 4 fl. 48 kr. für Baden.

Landtags-Zeitung.

Man abonnirt bei 2c. zu nächstgelegenen Postamte, in Karlsruhe bei Malsch und Vogel, von welchen das Blatt auch im Buchhändlerwege zu beziehen ist.

[Nr. 80 u. 81.] Verhandlungen der badischen Stände im Jahre 1846. [29. Juni.]

Herausgegeben von dem Abgeordneten Karl Mathy. — Redigirt von Karl Stein. — Druck und Verlag von Malsch und Vogel.

Dreiundzwanzigste öffentliche Sitzung der II. Kammer.

(Fortsetzung.)

Helmreich fährt fort:

Ein weiteres Hemmniß ist eine mangelnde Patentgesetzgebung, denn das, was in jedem kleinen Staate vorhanden, wird man doch nicht so nennen wollen. So gut wie das materielle Eigenthum, wie Künstler und Schriftsteller, sollten Erfindungen auf dem Felde der Mechanik geschützt sein, da nach meiner innersten Ueberzeugung der geweckte Erfindungsgeist der größte Wohlthäter des Menschengeschlechtes dadurch werden wird, daß die Industrie in ihrer höchsten Potenz alle mechanischen Verrichtungen übernimmt, alle Bedürfnisse eines behaglichen Lebens um die niedrigsten Preise schafft, daß sie jedem zugänglich werden und so dem Menschen erlauben, alle seine Zeit der Geisteskultur zu widmen, sich aufzuschwingen in das freie Reich der Ideale, wo ihn ferner keine Schranke hemmt, als die Bedingung endlicher Naturen.

Die Gewerbsteuergesetzgebung, die nach dem gewiß falschen Grundsatz verfährt, die fünf erst angestellten Arbeiter höher zu besteuern, als die weitern, und die Geschäftsfiliale wieder als neue Geschäfte ansieht — hier ist nur durch eine Einkommensteuer zu helfen.

Unsere Posteinrichtungen, Wechsel- und Handelsrechte, Fluß- und Wegzölle, Ausgleichungssteuern aller Art, Brücken- und Pflastergelder, Lager- und Krahnengebühren, Münz- und Maaßungleichheiten, Accisen und Octrois sind eben solche Hemmnisse, wie die Lotterien und Spielbanken, welche den Unternehmungsgeist lähmen, weil sie das einem glücklichen Zufall anheimgeben, was man nur dem Fleiß und der Sparsamkeit zu verdanken haben sollte.

Die große Zahl von Feiertagen, von welchen man in Frankreich unter Napoleon eine Anzahl aufgehoben und auf den nächsten Sonntag verlegt, nachdem man durch Berechnungen gefunden, daß jeder solcher Tage der Nation einen baaren Verlust von vierzig Millionen verursachte; der Mangel an fahrbaren Straßen in solche Landestheile, wo unbenutzte Wasser- und Menschenkräfte zur Industrie einladen; der Mangel einer Bank, welche durch Gewährung von Credit und Discontirung von Wechseln die Unternehmen fördert; der Mangel einer guten Zollstatistik, welche die schon vorhandenen Fabriken, die Größe des Verbrauchs und das Einfuhrquantum der Industrieartikel aufzählend, Diejenigen, welche den Muth haben, deutsche Fabrikanten werden zu wollen, aufmerksam machen, welcher Zweig oder Zweiglein noch mit Vortheil zu ergreifen wäre.

Ein weiteres Hemmniß bildet das Legitimitätsprinzip, das nicht erlaubt, mit Spanien einen Handelsvertrag abzuschließen, das des Leinenabsatzes nach dem Mutterlande und nach Cuba wegen von großer Wichtigkeit war, und woraus uns jetzt England und Belgien, die keine solche Scrupel hegen, verdrängt haben; — der bewaffnete Friede, mit seiner Verschwendung an Geld und Menschenkräften.

Daß die von Generalen, Gelehrten und unpraktischen Finanzmännern abgeschlossenen Handelsverträge, bei welchen die andern Nationen sich jedesmal den Löwenantheil sicherten, unsere Industrie nicht fördern konnten, ist einleuchtend; eine ehrenvolle Ausnahme macht der belgische Vertrag, den wir aber hauptsächlich den Bemühungen des Hrn. v. Rönne und Dr. List zu verdanken haben sollen, schon darum, weil darin zum erstenmale von Differenzialzöllen die Rede ist, durch deren Annahme allein der Beitritt der norddeutschen Staaten erreicht und der Abschluß vortheilhafter Handelsverträge mit transatlantischen Staaten ermöglicht wird.

Nun zum Schluß und Hauptsatz, der offenen Heimlichkeit der Zollcongreßverhandlungen; dieß ist der wunde Fleck, der wenn er berührt wird, jedem Deutschen, wenn er noch einen Funken Nationalgefühl im Busen trägt, die Röthe des Zorns in die Wangen treibt, denn, meine Herren, nur für uns sind sie geheim, für das Ausland, das sie ausbeutet, sind sie, bezahlt oder nicht, offen. Zweimal mußten wir es erleben, daß ein englisches Blatt noch während der Verhandlungen genau von dem Stand unterrichtet war und ihn seinen Landsleuten verkündigte, während der englische Gesandte den Hohn so weit getrieben haben

soll, die Herren Congreßmitglieder zum Todtenmahle der deutschen Industrie einzuladen. Will nun unsere Regierung die Wiederkehr solcher Schmach verhindern, will sie mit Ernst die geforderten Zollsätze wirklich durchgehen machen, so ziehe sie die Verhandlungen selbst ans Licht des deutschen Tages, indem sie sich täglich vom Stand der Unterhandlungen unterrichten läßt, dieselben in der Karlsruher Zeitung als officielle Artikel verkündigt, und wenn Preußen wieder schwanken sollte, dort einen solchen Petitionssturm hervorruft, dem die Regierung und die kühnen Oberfinanzräthe schwerlich widerstehen werden. Soll aber den im Zollverein verbündeten Völkern die Gewißheit werden, daß ihre materiellen Interessen mit praktischer Weisheit und Umsicht gepflegt und geleitet, so ist es nöthig eine Centralbehörde zu schaffen, etwa einen vereinigten Agrikultur-, Industrie- und Handelsrath, dessen Mitglieder aus den ersten und zweiten Kammern zusammengesetzt und dem die Befugniß ertheilt würde, gültige Beschlüsse zur Entfernung der, der Blüthe dieser drei Factoren des Nationalwohlstandes entgegenstehenden Hindernisse, Anlegen von Zöllen, Abschlüssen von Handelsverträgen und Anstellung von Vereinsconsuln, zu fassen. Eine solche Behörde allein könnte bei Oeffentlichkeit der Verhandlungen, sich mit dem Vertrauen umgeben sehen, das der Zollcongreß durchaus entbehrt, und das nöthig wäre, die Stürme zu beschwören, die dem Ausgange des, wie man sagt, wahrscheinlich wieder ohne Resultat auseinandergehenden Zollcongresses unmittelbar nachfolgen werden.

Mathy. Es war wohl zweckmäßig, daß der Herr Redner vor mir in seinem kräftigen Vortrage auch derjenigen Verhältnisse erwähnte, die, abgesehen von dem Zollverein und abgesehen von dem Tarif, die deutsche Gewerbsthätigkeit gegen Andere in Nachtheil setzen. Er hat mir aber dadurch um so mehr die Rücksicht aufgelegt, mich an den Gegenstand der Berathung selbst zu halten, der in sich so viele Beziehungen darbietet, daß eine Auswahl und übersichtliche Darstellung schwer zu treffen ist. Wenn der Deutsche sich die Entstehung, Dauer und Fortbildung eines Vereins deutscher Staaten zu einem gemeinsamen Zoll- und Handelssysteme denkt, so ist der Gesammteindruck dieses Gedankens ein so mächtiger, es sind der Beziehungen auf die Nahrungsverhältnisse aller Classen, auf den Umschwung in der Benützung der verschiedenen Güterquellen wie in den Verhältnissen nach Außen so viele, es sind die Hoffnungen und Besorgnisse für die Zukunft des Vaterlandes so groß, daß der Einzelne, der im Allgemeinen über diesen Gegenstand zu sprechen unternimmt, wohl selbst seine Schwäche fühlen und die Nachsicht der Zuhörer in Anspruch nehmen muß. So geht es mir. Uebrigens haben Sie nicht zu erwarten, daß ich gegen den Zollverein in irgend einer Weise auftrete. Ich habe schon als jüngerer Mann und mit weniger Erfahrung als jetzt dem Anschluß Badens an den Zollverein das Wort geredet, und, zwar nicht hier, wohl aber anderwärts, nicht sowohl mit sonstigen Gegnern, als mit politischen Freunden zu kämpfen gehabt. Es war damals, als in Baden, wie heute in Mecklenburg, Oldenburg, Hannover und den Hansestädten viele Vorurtheile, hergenommen von Besorgnissen der Verletzung besonderer Interessen, gegen den Anschluß an den großen Verein herrschten. Dieß hat sich in Baden längst geändert, es wird sich auch in jenen deutschen Staaten ändern, die dem Zollverein noch nicht beigetreten sind. Heute noch bin ich der Meinung, daß die Deutschen im Vereine um jeden Preis daran festhalten und nur mit dem Leben davon lassen sollten. Dabei glaube ich aber auch, daß Diejenigen, welche die Besorgnisse herausheben, die man in Beziehung auf den Gang des Vereins in neuerer Zeit haben kann, die auf Mängel und Fehler aufmerksam machen, und die Fortschritte, die zu wünschen sind, bezeichnen, Freundespflicht an dem Vereine erfüllen, gleich wie im Privatleben der Freund seine Pflicht erfüllt, der den Freund auf seine Fehler aufmerksam macht und zum Guten ermuntert.

Die Hauptzwecke, welche der Verein sich selbst gesetzt hat, die Vortheile, welche seine Glieder theils schon genießen, theils noch zu erwarten haben, lassen sich unter drei Hauptrubriken bringen. Es sind: 1. der freie Verkehr im Innern; 2. die gemeinschaftliche Erhebung der Zollgefälle an der Gränze; 3. die Sorge für Hebung des Gewerbfleißes und Handels durch Schiffahrtsgesetze und allgemeine Bestimmungen in Beziehung auf den auswärtigen Handel überhaupt, oder durch besondere Verträge mit einzelnen Staaten.

Die Freiheit des Verkehrs im Innern ist meines Erachtens der größte Vortheil, den der Zollverein gebracht hat, ein Vortheil, den man häufig über den Klagen vergißt, die freilich nicht ohne Grund vorgebracht werden. Der Zollverein hat uns einen großen eigenen Markt und damit die erste Bedingung zur Entfaltung einer Industrie gebracht. Denn wie kann in einem kleinen, durch Zollgränzen isolirten Lande von einer Industrie die Rede sein, wenn nicht etwa ein mächtiger Nachbar ihre Erzeugnisse mit seiner Flagge deckt und in entfernte Welttheile führt, wie dieß mit der Schweiz gegenüber von Frankreich der Fall ist? Wie kann von Schutzzöllen in einem kleinen Staate die Rede sein, welcher der Industrie nur ein un-

bedeutendes Marktgebiet öffnen kann? Einzelne Fabrikanlagen mag er haben, aber keine großartige Industrie.

Der Markt des Zollvereins ist jetzt von 28½ Millionen Menschen bewohnt und es bleibt nur dafür zu sorgen, daß der Verkehr sich leicht und frei auf demselben bewege. Gute und billige Verkehrswege sind daher nächst dem großen Marktgebiete eine zweite Bedingung zur Entwicklung der Industrie. In dieser Hinsicht hat der Zollverein über Landstraßen und die mit Schienen belegten Kunstwege kaum zu klagen. Die Landstraßen sind im Allgemeinen in einem guten Zustande, und die Eisenbahnen gehen vorwärts, freilich leider nicht nach einem gemeinsamen Plane, der ein Hauptnetz für alle Vereinsstaaten aufgestellt und es den Einzelnen überlassen hätte, die Verbindungen unter den Hauptrichtungen herzustellen; ja oft nicht einmal im Interesse des einzelnen Staates. Hier finden wir Extreme; denn während Dänemark, um seinen Vortheil zu wahren, einem Bundesstaat verbietet, durch einen andern seiner Krone zugetheilten Bundesstaat eine Eisenbahn fortzusetzen, sind wir im Süden von der Gefahr bedroht, daß gegen unser eigenes Interesse eine Eisenbahn und damit ein großer Handelszug dem Ausland preisgegeben werde, statt ihn dem Inland zu erhalten.

Am schlimmsten aber sieht es in Deutschland aus mit den Wasserstraßen. Deutschland hat ohnehin nicht allzuviele Ströme und seine wenigen sind nicht frei. In dem Bericht, den die beiden französischen, zur Berliner Industrieausstellung gesandten Abgeordneten (Legentil und Goldenberg) erstattet, den der Handelsminister öffentlich bekannt gemacht — denn eine solche Arbeit wird in Frankreich dem Publikum nicht vorenthalten — ist unter Anderm auch als Grund, warum die deutsche Industrie sich noch nicht weiter entwickelt habe, der Umstand angeführt, daß die Wasserstraßen mit schweren Zöllen belastet sind. Daß auch der Mangel eines genügenden Zollschutzes an dem leidenden Zustand der deutschen Industrie schuld sei, das haben die Franzosen nicht gesagt, wenigstens hat es der Handelsminister nicht veröffentlicht. Dieses Schweigen ist aber für uns bedeutungsvoll. Lassen wir die Donau bei Seite, denn in dieser Richtung bewegt sich der Verein nicht, höchstens mögen Einzelne dorthin Handelsversuche machen, — so finden wir an der Elbe einen Staderzoll, gegen dessen neuere Einrichtung selbst Frankreich protestirte. Die Weser mündet in einem Lande, wo Englands Interesse waltet und neuerdings auf Jahre hinaus befestigt wurde. Der Rhein verkümmert unter der Last der Zölle und wenn die Parallelbahnen auf beiden Ufern fortgesetzt werden, wozu alle Aussicht vorhanden ist, so wird man unmöglich diese Lasten bestehen lassen können; ja man sollte sie keinen Augenblick mehr bestehen lassen, wenn man die Schifffahrt auf diesem herrlichen Strome zu dem machen will, was sie sein könnte. Hat doch Frankreich schon durch den Vertrag mit Holland im Jahr 1840 den Rhein einer Reihe von Artikeln geöffnet, die früher nur über die Seehäfen eingehen durften, jetzt Rhein- und Moselschiffe befrachten, Artikel, die schwer in's Gewicht fallen, wie z. B. Baumwolle, Möbel- und Farbhölzer, Zucker, Kaffee u. s. w., und neuerlich haben sich Frankreich und Holland über den gegenseitigen Nachlaß der Octroigebühren verständigt, während sich die deutschen Uferstaaten noch nicht vereinigen können. In dieser Beziehung also bleibt uns noch viel zu wünschen, bis unser großer Markt ein freier genannt werden darf.

Eine dritte Bedingung des wirklich freien Verkehrs sind gemeinsame Einrichtungen und Gesetze zur möglichst guten Benutzung der Hülfsquellen, welche Natur, Fertigkeiten, Kenntnisse und Geistesthätigkeit darbieten. In dieser Beziehung setzen sich die Verträge selbst mehrere Aufgaben, deren Lösung aber bis jetzt meistens nur ein frommer Wunsch geblieben ist. Dahin gehören gemeinsame Einrichtungen über die Besteuerung der inneren Verbrauchsgegenstände, die Vorbedingung zum Wegfallen der meisten Ausgleichungsabgaben. Es haben sich zwar einzelne kleinere Staaten dem preußischen System angeschlossen, allein im Ganzen besteht doch die Verschiedenheit und die Ausgleichungsabgaben sind es, die wir in Baden, Preußen gegenüber, in Beziehung auf den Verkehr mit Wein und Tabak schwer empfinden. Die Nachtheile derselben bestehen nicht blos darin, daß bei dem Uebergang von einem Vereinsstaat in den andern eine Abgabe erhoben wird, sondern hauptsächlich auch darin, daß der Verkehr mit solchen Produkten der Zollbehandlung unterliegt, daß sie sich nicht frei bewegen können, sondern die Hauptstraßen einhalten müssen und nur da lagern dürfen, wo Zollämter sind.

Ein gemeinsames Münzsystem liegt gleichfalls in der Aufgabe des Zollvereins, und es ist anzuerkennen, daß dafür schon Manches geschehen ist. Das deutsche Münzsystem geht jetzt doch, wie ein Mensch, auf zwei Füßen, und man hat ihm sogar noch einen Stab gegeben in den Vereinsthalern. Sollen die Angehörigen des Vereins gleichmäßig verkehren auf seinem Gebiete, so gehören dazu ferner gemeinsame Bestimmungen über die Niederlassung, über den Betrieb der Gewerbe und des Handels, gleiche Gesetze über Mein und Dein, über Handels- und Wechselrecht, ein Gegenstand, der bereits in der Motion des Abg. Christ zur Sprache gebracht wurde. Es sollen in den 38 Bundesstaaten 56 Wechselordnungen bestehen, welche

zusammen gleich sind Einer Unordnung. In Beziehung auf Maß und Gewicht ist endlich das Ziel gleichfalls noch nicht erreicht, das sich der Zollverein gesetzt hat. Wir haben Einheit nur an der Grenze, aber Verschiedenheit im Innern. Endlich wäre auch eine gemeinsame Vereinspostanstalt sehr zweckmäßig zur Förderung des freien Verkehrs und zu einer wirksamen Verminderung der Taxen, womit der einzelne Staat für sich allein höchst vorsichtig sein muß. Wenn wir also betrachten, was für den ersten Hauptvortheil des Vereins, für die Herstellung eines wahrhaft freien Verkehrs im Innern, schon geschehen ist, und fortwährend erwogen und bedacht wird, so müssen wir gestehen, daß noch viel zu wünschen übrig bleibt. Es sollte etwas merklicher vorwärts gehen, und nachdem die sichtbaren Schlagbäume gefallen sind, sollten auch die unsichtbaren, aber nicht weniger hemmenden, gleichfalls verschwinden; nur dann können auch die theilweisen Nachtheile beseitigt werden, die der Verein hie und da gebracht hat bei dem Uebergang von der Vereinzelung zur Vereinigung, wie sie jeder Uebergang von einem Zustand zu dem andern mit sich bringt.

Der zweite Hauptpunkt, die Erhebung der Zollgefälle an der Gränze, bietet die Lichtseite des Vereins dar, denn hier ist der Zweck überraschend gut erreicht worden und hat Resultate geliefert, die jetzt überall zum Beweis von der Trefflichkeit des Vereins geltend gemacht werden. So wenig wir aber die Vortheile des freien Verkehrs gering achten dürfen wegen der Mängel, die hie und da noch kleben, ebenso wenig dürfen wir über den Leistungen des Zollvereins für die Staatskassen, den volkswirthschaftschaftlichen Zweck desselben außer Augen lassen. Wenn mit einer neuen Schrift aus Berlin, die einen officiellen oder halbofficiellen Charakter trägt, aus den steigenden Einnahmen des Zollvereins der Beweis für seine Trefflichkeit in anderer Hinsicht geliefert werden sollte, so scheint mir dieser Zweck verfehlt und es käme mir eine derartige Beweisführung etwa so vor, wie wenn man dem Hungernden das Brod versagen wollte, weil aus der wohlbesetzten Tafel des Reichen zu entnehmen sei, daß überall kein Mangel herrsche. Wir werden indessen über diese Seite des Zollvereins bei der Berathung des Budgets der Zollverwaltung weiter zu sprechen Gelegenheit haben, und ich will deßhalb nicht jetzt schon hierauf eingehen, sondern mich zu der dritten Hauptaufgabe des Vereins, zu der Sorge für Beförderung der Gewerbsthätigkeit und des Handels wenden.

In den Verträgen steht geschrieben, daß Schutz der Industrie durch ein System mäßiger Schutzzölle zu den Zwecken des Vereins gehöre, und es läßt sich auch nicht läugnen, daß manche Industriezweige diesen Schutz in vollem, ja in übervollem Maße haben. Es handelt sich hier um den Nahrungsstand einer großen Masse von Menschen, um die Abgabe eines Ueberschusses an Bevölkerung, welcher für die Landwirthschaft nicht taugt oder dabei keine hinlängliche Beschäftigung mehr findet, an einen andern Nahrungszweig; es ist ferner nicht blos die Rede davon, neue Arbeit zu schaffen, sondern eine uralte und ausgedehnte Arbeit zu erhalten, wobei ich nur des Linnengewerbs erwähne.

Zur Förderung des Handels und der Industrie wirken verschiedene Mittel. Man hat sich bis jetzt gewöhnlich nur an den Zolltarif gehalten und es scheint hiernach, daß man in ihm das wirksamste Mittel zur Beförderung der Industrie erblickt. Meines Erachtens gibt es aber noch andere, welche in dieser Richtung wenigstens eben so wirksam sind. Ich meine in erster Linie, was auch der Abg. Helmreich schon angedeutet hat, eine freie Entwicklung der Staatseinrichtungen, damit die Ausbildung, die Thätigkeit und die zweckmäßigste Verwendung aller Kräfte nicht durch Schranken beengt werde, die für den Staat und die Regierung unnöthig, für die bürgerliche Thätigkeit aber hinderlich sind. Wenn Sir Robert Peel in Deutschland lebte, welche Rolle würde er wohl spielen? Ich habe neulich in einem Blatt, das nicht zu den freisinnigen gehört, die Ansicht gelesen, er würde etwa in einem Königsberger Klubb mit Dr. Jakoby und seinen Freunden sich bewegen und Anklagen vor Gericht so wie den Verfolgungen der Polizei ausgesetzt sein, wegen extremen Freiheitsschwindels. Durch etwas mehr Enthaltsamkeit von Verfolgungen wegen mißliebiger Gedanken und Aeußerungen, so wie vom Brachlegen tüchtiger Kräfte, weil ihnen Freiheitsliebe anhängt, könnte wohl beinahe so viel geleistet werden, als durch den Tarif. Eine weitere Bedingung für das Aufblühen der Industrie ist das Erstarken des nationalen Sinnes, der das Einheimische dem Fremden vorzieht. Die berliner Industriellen, welche zum Gutachten über den Tarif aufgefordert waren, haben selbst gesagt, daß die deutschen Weber das englische Garn schon darum vorziehen, weil es aus England kommt. So lange solche Vorurtheile im Volk bestehen, und so lange sie dadurch genährt werden, daß die Vornehmen ihre Bedürfnisse und Genußmittel vom Ausland holen, werden die Schutzzölle nicht die Wirkung haben, welche Viele erwarten. Sobald aber einmal der nationale Sinn dem Tarif vorangegangen ist, und sich dahin ausgebildet hat, daß er die Produkte des eigenen Landes, und wären sie auch etwas geringer und theurer, den fremden vorzieht, wird man hierin die wirksamste aller Schutzmaßregeln haben. Dessenungeachtet läßt sich nicht verkennen, daß der Tarif ein brauchbares Mittel

abgibt, um die Industrie vor der ungleichen Mitbewerbung Fremder zu schützen. Die Freiheit des Handels wird angefeindet; allein ich meine, man sollte die Ungleichheit angreifen. Man will auch im Grunde nichts Anderes im Handel, als Gleichheit der Bedingungen bei der Mitbewerbung: der Tarif soll hier ausgleichen, was andere Verhältnisse zu unserem Nachtheil gestaltet haben.

Ueber den Tarif selbst werde ich mich kurz fassen; ein Mal darum, weil bei den einzelnen Anträgen der Commission alle diese Fragen wieder auftauchen, und dann, weil ich voraussetze, daß auch die Redner nach mir, wie jene vor mir, sich über diese Frage hauptsächlich verbreiten werden. Das Schlimmste in unseren Tarifverhältnissen scheint die Unsicherheit zu sein, welcher sie Raum lassen, das ewige Schwanken und Schweben zwischen Furcht und Hoffnung. Diese Unsicherheit ist aber nicht sowohl in Beziehung auf den Wechsel unserer Zollsätze, als in Beziehung auf die Entschließungen der Engländer vorhanden. Wenn heute, wie im Jahr 1845 für die Garne, den englischen Manufakten neue Abzugsquellen nach China und Indien geöffnet werden, welche sie schon darum vorziehen, weil sie durch die langen Fahrten der nationalen Schifffahrt dienen, dann werden die deutschen Märkte eine Zeitlang gemieden. Der Britte betrachtet die deutsche Industrie als eine Beute, die er eine Zeitlang leben und zuweilen seine Macht fühlen läßt. Sobald sich aber die Waaren in seinen Magazinen häufen und der Verkehr nach einer andern Richtung hin stockt, dann stürzt er sich auf sie, und diese Ueberfälle sind es hauptsächlich, gegen welche von dem Tarife Schutz begehrt wird, damit wir nicht von einem Tag zum andern fürchten müssen, es werde die englische Uebermacht uns niederdrücken. Ich habe bereits bemerkt, daß in dem Tarif manche Industriezweige sehr stark, ja über Gebühr geschützt sind. Ich will Sie nur an manche gröbere Gewebe erinnern, die sehr gut bedacht sind, während die feineren, worin ein größerer Arbeitswerth liegt, blosstehen. Und doch wäre gerade hier der Schutz am angemessensten, denn die feineren Fabrikate erfordern geschicktere und darum gut bezahlte Arbeiter, die wir im Verein heranbilden könnten, statt sie den Engländern zu bezahlen. Auch im neuern Tarif haben einige Waaren einen höhern Schutz erhalten, wie z. B. die Nürnberger Spielwaaren, einige kurze Waaren, Papier- und Tapetensorten. Um so unbegreiflicher ist es, daß die wenigen, aber gerade wichtigsten Zweige der Industrie, namentlich die Spinnerei, die Grundlage der Weberei und damit der Gesammtindustrie, den erforderlichen Schutz noch nicht erlangen konnten. Ich will nicht von den Ursachen reden und gegen Niemand mich gehässig ausdrücken, aber ich glaube, daß ein Bild dessen, was vor einem Jahre in den verschiedenen deutschen Staaten in dieser Hinsicht geschehen ist, die Sache so ziemlich klar machen wird. In Preußen wurde am 1. Sept. 1844 das Handelsamt gebildet, und an die Spitze desselben ein Mann gerufen, welcher die Industrie genau kannte und ihr mit wohlwollenden Gesinnungen zugethan war, Herr v. Rönne. Bald darauf wurden Sachverständige nach Berlin berufen, um vor dem Handelsamte und im Beisein anderer Staatsmänner über den Tarif ihr Gutachten zu geben. Es waren dies Gewerbtreibende, die nicht blos Einem Zweig der Industrie, sondern den verschiedensten angehörten, deren Interessen bezüglich auf den Zoll nicht mit einander übereinstimmten, sondern entgegengesetzt waren, nämlich Spinner, Weber, Färber und Garnhändler. — Sie waren versammmelt vom 29. März bis 12. April und alle diese Männer erklärten sich einstimmig für einen höheren Schutz der Gespinnste und der feineren Gewebe, und, zur Ausgleichung der Interessen der Spinner und Weber, für einen Rückzoll von Geweben auf so lange, bis die Spinnerei durch den Zollschutz gehörig erstarkt sei, wozu drei Jahre ausreichen würden. Als bald darauf die Nachricht sich verbreitete, daß Preußen auf diese Anträge bei der Zollkonferenz nicht eingehen werde, kamen Petitionen aus den westlichen Theilen des Königreichs ein. Sie wurden von den Ministern v. Bülow und v. Rönne bevorwortet; dazu kam die Antwort, die der Prinz von Preußen der Crefelder Handelskammer gab, daß er von Anfang an seinen ganzen Einfluß für einen angemessenen Schutz der Industrie verwendet habe, eine Erklärung, die überall freudige Hoffnung weckte. Auch die Provinzialstände erklärten sich in gleichem Sinne. Wer hätte hiernach erwarten dürfen, daß diesen so vielfach ausgesprochenen und wohlbegründeten Wünschen nicht werde nachgegeben werden? Es kamen zwar Anträge auf einige Erhöhung der Zollsätze, aber eine so ungenügende Erhöhung, daß dadurch nur die ohnehin schon glänzende Lichtseite der Einnahmen noch glänzender hervorgetreten, der Zweck des Schutzes selbst aber nicht erreicht worden wäre. Ich will eine Beweisführung darüber nicht antreten, denn sie ist schon in Gutachten, Verhandlungen und Schriften genügend gegeben, wofür ich nur auf den Vortrag des Frhrn. v. Schäzler in der baierischen Kammer verweise. Man kann hiernach nicht behaupten, daß die süddeutschen Regierungen und Stände gegen die Meinung in Preußen ankämpfen, wenn sie einen genügenden Schutz begehren.

Mit Ausnahme der Ostseeprovinzen, die in einem engherzigen und übel verstandenen Interesse der Rheder der

Industrie entgegen treten, die ihnen doch statt der leichten englischen Fabrikate schwere Rohstoffe zuführen und Rückfrachten sichern würde, hat sich die allgemeine Ansicht in Preußen für den Schutz in dem Maaße ausgesprochen, wie ihn die Industriellen in Berlin verlangt haben. Die süddeutschen Regierungen und Kammern kämpfen also, ich wiederhole es, nicht gegen die öffentliche Meinung Preußens, sondern nur gegen den Widerstand Derjenigen, die mit Leitung der Zollvereinsangelegenheiten jetzt noch beauftragt sind. Auch in Würtemberg wurden um dieselbe Zeit die Vertreter der Großgewerbe zu Rath gezogen, und sie traten den Vorschlägen der Preußen bei, nur mit dem Unterschied, daß sie für die verschiedenen Gattungen der Gespinnste, je nach dem Grade der Feinheit, Abstufungen in den Zollsätzen verlangten. Dagegen schlossen sie sich dem Begehren von Rückzöllen ganz in demselben Betrage und auf so lange an, bis die deutsche Spinnerei erstarkt sei. In Baden besprachen sich zu derselben Zeit Männer vom Fache, gerade vor einem Jahre waren sie hier in Carlsruhe versammelt, um über ihre Angelegenheiten zu berathen. Sie hatten die Ehre, am 1. Juli Sr. Königlichen Hoheit eine Bittschrift zu übergeben, worin sie ihre Wünsche aussprachen, und es wurde ihnen der höchste Schutz verheißen. Baiern hatte zwar keinen Ausschuß von Gewerbtreibenden berufen, aber es legte die Tariffrage den Handelskammern vor, und durch den Vortrag des Frhrn. v. Schäzler in der baierischen Kammer haben wir erfahren, daß das Gutachten der Handelskammer von Augsburg mit jenem der Berliner, der würtembergischen und der badischen Industriellen genau übereinstimmte; die baierische Regierung aber hat sich diese Vorschläge bei der Zollkonferenz angeeignet. Was begehren nun die Industriellen der verschiedenen Länder? Was begehren mit ihnen die Regierungen, die wissen, was Industrie heißt und was sie leisten kann und soll? Sie fordern, daß ungebleichtes, eindrähtiges Baumwollengarn statt der bisherigen 2 Thlr. geschützt werde mit 4 Thlrn. bis zu Nr. 20, mit 6 Thlrn. bis zu Nr. 60, und mit 8 Thlrn. für die höheren Nummern; das zu Zetteln angelegte geschlichtete oder ungeschlichtete statt 3 Thlr. mit 8 Thalern; ungebleichtes, zwei- und mehrdrähtiges, gezwirnt, gebleicht, gefärbt, statt 8 Thlr. mit 11 Thlrn. Leinengarn rohes, jetzt mit 5 Silbergroschen der Zentner belegt, soll einen Schutz erhalten, bis zu Nummer 25 von 4 Thlrn., bis zu Nummer 60 von 6 Thlrn., höhere Nummern 8 Thlr.; gebleicht und gefärbt von 1 Thlr. auf 8 Thlr., Zwirn von 2 Thlrn. auf 10 Thlr. Wollene Kamm- und Streichgarne sollen statt des Zolles von ½ Thlr. einen Schutzzoll von 5 bis 6 Thlrn. erhalten; — weißes, mehrfach gezwirntes wollenes und Kameelgarn soll mit 12 Thlr. statt mit 8 Thlrn. belegt werden. Sie begehren ferner eine Erhöhung im Verhältniß zu der im Werthe ausgedrückten Menge und Güte der Arbeit für die leichteren und feineren Gewebe, und den Rückzoll auf so lange, bis die Spinnerei hinreichend erstarkt sein wird, um den Bedarf der Weberei zu befriedigen. Was im Vereinsgebiete noch zu thun ist, um die Spinnereien in den Stand zu setzen, den Gesammtbedarf zu liefern, hat Herr v. Schäzler in der baierischen Kammer auf den Grund einer genauen Berechnung auseinandergesetzt. Es beträgt 1,937,473 Baumwollenspindeln, 91,519 Leinenspindeln und dazu ein Kapital von 36,299,777 Thlrn. Es ist also nichts Unerreichbares, sondern vielmehr etwas leicht Erreichbares, wofür man die Bedingung eines mäßigen Schutzes verlangt.

Was antworten aber die Gegner auf diese Vorschläge, die ich freilich hier nicht begründen kann, die aber hinreichend begründet sind in Schriften und durch die Gutachten der Industriellen in Berlin selbst, so wie in Baiern, Württemberg und Baden. Sie antworten mit den Ein- und Ausfuhrlisten und mit Zahlen, wornach z. B. von 1834 bis 1843 die Einfuhr roher Baumwolle um 173 Procent, die Einfuhr von Baumwollengarn um 65 Prent. zugenommen, die Baumwollenweberei um 109 Procent zugenommen, die Einfuhr der Baumwollenwaaren um 30 Prent. abgenommen habe und nur noch ein kleiner Theil des Verbrauchs an Baumwollenwaaren (1½ Prent.) eingeführt werde. Sie antworten mit Tabellen, wonach die Einfuhr von Wollengarn von 17,000 auf 24,000 Centner und die Ausfuhr von Wollenwaaren, nach Abzug der Einfuhr, von 35,000 auf 43,000 Centner gestiegen, die Einfuhr der Leinwand im Zunehmen und die Ausfuhr von 109,000 auf 59,000 Centner herabgekommen, während die Einfuhr von Leinengarn von 41,000 auf 62,000 Centner und neuerlich noch höher, dagegen die Ausfuhr von 26,000 auf 33,000 Centner gestiegen ist. Diese Zahlen beweisen zum Theil gerade das, was die Industriellen behaupten. Sie sagen aber nichts über die Qualität der ein- und ausgeführten Waaren, und nicht, daß wir bei Verarbeitung der großentheils schlechtesten englischen Halbfabrikate unseren Fabrikaten keinen hohen Werth geben können, daß die meisten eingeführten Fabrikate zu den feineren, also werthvolleren, die ausgeführten zu den geringern Gattungen gehören, daß also eine Darstellung der Ein- und Ausfuhr nach dem Werthe ein ganz anderes Resultat geben würde, als die Darstellung nach dem Gewichte. Das ist, was sie

nicht sagen. Was sie aber darlegen, das beweist, was wir ebenfalls zugeben, daß die Gewebe der gröbern Sorten hinreichend geschützt sind, mit Ausnahme der Leinwand, und daß auf die Spinnereien bedeutende Kapitale verwendet worden sind. Allein, statt daraus zu folgern, man müsse sie nun dem Verderben preisgeben, sind wir der Ansicht, daß man um so mehr die Pflicht hat, für ihre Erhaltung und Ausdehnung zu sorgen. Also selbst aus diesen Zahlen, wenn man sie recht betrachtet, geht die Bestätigung dessen hervor, was man auf der andern Seite verlangt, man müßte denn annehmen, daß der gelieferte Nachweis einer steigenden Einfuhr darum in jeder Beziehung günstig sei, weil er auf ein weiteres Steigen der Zolleinnahme schließen läßt.

Vergleichen wir nun die Aussichten in dem gegenwärtigen Augenblick mit den günstigen Aussichten vor einem Jahre, so öffnet sich uns kein heiteres Bild. Wo ist der preußische Minister v. Bülow, wo ist der Präsident der Handelskammer v. Rönne, wo sind die Männer, die damals zum Wohle der Industrie und mit Kenntniß derselben ihre Stimmen geltend machten? wo ist der Erfolg der Antwort einer hohen Person? Statt dessen lesen wir auf Bitten um Schutz Erwiderungen aus dem Finanzministerium, worin angedeutet wird, die Bittsteller würden besser thun, ihre Zeit auf ihre Geschäfte als auf Petitionen zu verwenden! Und blicken wir auf Würtemberg, so haben wir auch von dorther zu fürchten, daß man nicht bei den früheren gesunden Ansichten stehen bleiben werde. Der ausgezeichnete Vertreter von Würtemberg bei der letzten Zollkonferenz ist durch einen Andern ersetzt worden.

Und wie verhält es sich mit dem mächtigen Gegner? Sir Robert Peel, der schon im Jahr 1843 bei der Diskussion über die Adresse auf die Thronrede erklärte, er habe den Zoll von mehr als 700 Artikeln herabgesetzt — Zölle, die Wenig eintrugen, den Handel belästigten und die Industrie vertheuerten; die Königin, welche am 9. August v. J., als sie das Parlament schloß, erklärte, sie habe mit Vergnügen den Gesetzen, die den Eingangszoll von verschiedenen Artikeln ermäßigen und die Beschränkung der freien Anwendung der Intelligenz und des Kapitals im Interesse der Landesmanufactur aufheben, ihre Zustimmung gegeben; es würden zwar diese Gesetze mittelbar eine Verminderung der Einnahmen bewirken, durch Ermunterung zu Handelsunternehmungen und Vermehrung des Verbrauchs aber für ein zeitliches Opfer reichliche Entschädigung bieten; — sie sind auf dieser Bahn nicht stehen geblieben. England hat nun gar in diesen Tagen die großartigen Entwürfe seines trefflichen Staatsmannes zu Gesetzen erheben sehen, deren Wirkung sein wird, daß die englische Industrie billiger arbeiten kann als bisher und noch dabei die Hoffnung hat, den Deutschen Sand in die Augen zu streuen, sie zu verblenden und glauben zu machen, weil die Engländer das Wort „Handelsfreiheit" im Munde führen und ihre enormen Zölle, so weit sie zum Schutze ihrer Industrie entbehrlich, oder der weiteren Ausdehnung derselben hinderlich sind, — herabsetzen, so könne auch der Zollverein nichts Besseres thun, als nachahmen und seine ungenügenden Zölle noch weiter vermindern! Handelsfreiheit mit einem Schutzzoll der wichtigsten Industriezweige bis zu 15 pCt., diese Handelsfreiheit des Sir Robert Peel wird die deutsche Industrie gern annehmen. England hat 14 Millionen Einwohner in den Gewerben und nur 9 Millionen im Ackerbau beschäftigt. Es thut also wohl daran, wenn es für die Mehrheit seiner Bevölkerung wohlfeile Lebensmittel herbeizuschaffen sucht und sie in den Stand setzt, leichter und billiger zu arbeiten und wenn es noch dieses Gewicht zu den ungeheueren Kapitalien, die es bereits angesammelt hat, gegen uns in die Wagschale legt; da kann der Erfolg nicht zweifelhaft sein. Wir haben dagegen noch einen Ueberschuß von Bevölkerung an die Industrie abzugeben, und die Kapitale, die nur eine lange bestehende Industrie erwerben kann, uns erst noch zu verschaffen. Deßhalb ist es jetzt mehr als jemals unsere Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, wie unheilvoll ein Rückschritt — und der Stillstand, während andere vorschreiten, ist ein Rückschritt — für Deutschland sein würde.

Es gibt aber, wie schon gesagt, außer dem Tarif auch noch andere Maßregeln zur Beförderung der deutschen Industrie und des Handels, die sich der Zollverein als Ziel gesetzt hat. Ich meine Schifffahrtsgesetze und entweder allgemeine Vorschriften über Zollbegünstigungen, oder solche durch besondere Verträge. Es war vor einem Jahre, damals als man von Preußen noch so viel Gutes erwartete, als von Berlin aus eine Denkschrift den übrigen Zollvereinsstaaten mitgetheilt und später im Auszuge durch den Druck bekannt gemacht wurde: „Die Begünstigung des direkten Verkehrs zwischen den Staaten des Zollvereins und den außereuropäischen Ländern betreffend."

Es hieß: Bremen, wo man die Interessen der Schifffahrt versteht, habe die Sache angeregt. In jener Denkschrift wurde vorgeschlagen, man möge keine vertragsmäßigen Differenzialzölle, keine Begünstigungszölle (discriminating duties) einführen, sondern ein allgemeines Differenzialzollgesetz erlassen zum Besten der directen Fahrt und des überseeischen Handels; dadurch werde man unter

Anderem den Vortheil erreichen, daß auch Deutschland wohlassortirte Märkte von Rohstoffen erhalte, während es jetzt auf die englischen Märkte angewiesen ist und z. B. seine Baumwolle größtentheils in Liverpool holen muß. Das ist eben auch einer der Vortheile, welche die englische Industrie voraus hat. Der Fabrikant in Manchester braucht seinen muthmaßlichen Bedarf an Rohstoff nicht für ein halbes Jahr hinzulegen, sondern kann den wirklichen Bedarf jede Woche in der kürzesten Frist auf der Eisenbahn von Liverpool beziehen. Die Gründung solcher Märkte in Deutschland selbst ist also ein Hauptzweck, der durch das Mittel der Differenzialzölle erreicht werden soll. Es wird in der Denkschrift ferner die Aussicht zur Errichtung eines deutschen Handels- und Schifffahrtsbundes eröffnet, der die Häfen zwischen der Schelde und Elbe den Vereinshäfen gleichstelle. Von diesem Bund wird erwartet, daß er Köln, Antwerpen, Hamburg und Bremen zu Emporien für den Verein erheben werde; es wird vorgeschlagen, eine deutsche Navigationsakte, dienlich zur Ausbreitung des Zollvereins, zur Beförderung der Schifffahrt, des Handels und der Industrie. Zu diesem Zwecke solle man zunächst mit Hamburg und Bremen unterhandeln und zwar bald, weil die Verlängerung der bestehenden Handels- und Schifffahrtsverträge in Frage komme. Darunter ist wohl zunächst der Handels- und Schifffahrtsvertrag vom März 1841 mit England verstanden. Ich habe nie in den Schreckensruf gegen diesen Vertrag und nie in die vielfach vernommene Aeußerung eingestimmt, die denselben als ein Nationalunglück für Deutschland bezeichnete. Ich habe ihn vielmehr stets für einen ersten kleinen Schritt zur Erweiterung des Verkehrs mit England, ohne besondere, wenigstens für die nächste Zeit eintretende Nachtheile für Deutschland gehalten. Um vor der Bedingung zu erschrecken, die so vielen Deutschen Angst machte, daß Zucker und Reis, auf englischen Schiffen eingeführt, nicht höher besteuert werden dürfen, als wenn sie in anderen Schiffen einlaufen, hätten wir nicht Deutsche sein dürfen, nicht das Volk des langsamen Fortschritts; denn es war vorauszusehen, daß es noch sechs und mehr Jahre anstehen dürfte, ehe wir aus der Douanenunschuld heraus zu Differenzialzöllen vorrücken würden.

Jetzt steht aber die Sache etwas anders. Jener Vertrag ist seinem Ablauf nahe und mit dem Jahr 1848 tritt er auf sechs weitere Jahre in Kraft, wenn keine Aenderung getroffen wird. Es fragt sich nun, ob wir jetzt nicht versuchen sollen, zu dem ersten kleinen Schritt einen zweiten zu machen. Ich sage zu dem ersten kleinen Schritte, denn der Vertrag war nichts Anderes als die Ausdehnung des zwischen England und Preußen bis dahin bestandenen Schifffahrts- und Handelsvertrags von 1824 auf die übrigen Zollvereinsstaaten. Die Produkte anderer Zollvereinsstaaten sollten im Verkehre mit England den preußischen, und die Häfen zwischen der Elbe und Schelde den Häfen des Zollvereins gleichgestellt werden, und darin lag kein Nachtheil, so wenig als in den übrigen Bestimmungen. Es könnte aber in Zukunft anders werden, zumal wenn der Inhalt jener Denkschrift ernstlich erwogen wird, und darauf sollte die Aufmerksamkeit Derjenigen, welche die Angelegenheiten des Zollvereins lenken, vor Ablauf des Vertrags gerichtet sein.

Aber während man in Deutschland denkt, handeln Andere, und während Preußen eine Denkschrift mittheilte, hat Rußland einen Ukas erlassen, worin verfügt wird, daß von Eröffnung der Schifffahrt im Jahr 1846 an, Folgendes gelte: 1) die Küstenschifffahrt wird den russischen Unterthanen und Schiffen vorbehalten; 2) Waaren unter fremder Flagge eingeführt, bezahlen einen Zuschlag von 50 pCt. über den Tarifsatz; 3) die Schiffe bezahlen ein Lastgeld von 1 Silberrubel von der Last bei der Ankunft und eben so viel bei der Abfahrt.

Ausgenommen von den Bestimmungen 2 und 3 sind die Schiffe derjenigen Staaten, wo die russische Flagge der Nationalflagge oder der am meisten begünstigten Flagge gleichgestellt ist. In diesen 3 Artikeln ist Alles enthalten, was wir brauchen. Rußland hat es gethan, Preußen hat vorgeschlagen zu unterhandeln, und es wäre zu wünschen, daß die Unterhandlungen bald zu einem Ziele führen möchten. Zunächst ist freilich zu einem deutschen Schifffahrtsgesetz der Beitritt der Vorländer an der Nordsee erforderlich. Ich will nicht auf die Ursachen eingehen, woran der Beitritt von Hannover und der Hansestädte scheiterte; allein auffallen muß es, wenn man gewichtige Stimmen hört, die von Nachtheilen reden, welche der Beitritt für das Ganze haben könnte, und von der Vorsicht, welche man dießfalls beobachten müsse.

Es ist bei den Deutschen überhaupt ein Unglück, daß so vieles Große an kleinen Bedenken scheitert. Wie kann man im Zweifel sein, ob es besser sei, wenn deutsche Länder dem Interesse des Auslandes gegen das größere Vaterland dienen und als Schmuggeldepots für englische Waaren benützt werden, oder wenn sie, mit dem Gesammtvaterland vereinigt, seinen Interessen in die Hände arbeiten, und ihm die Schiffe und Matrosen geben, die es braucht! Fürchtet man etwa, daß in der Nähe der großen Märkte, welche durch Differenzialzölle gegründet werden können, sich die Industrie concentriren und dort nahe den Hansestädten und den Seeküsten die Etablissements sich häufen und uns entgehen möchten? Gut; dann sind Diejenigen, welche Furcht vor zu großer Anhäufung der Industrie-Etablissements haben, beruhigt; die Andern aber mögen auf das industriereiche Böhmen blicken, welches ziemlich weit von Triest entfernt liegt, oder nach Mühlhausen, das mit seiner großen Industrie doch nicht sehr nahe bei Marseille oder Havre gelegen ist. (Fortsetzung folgt.)